



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 16.03.2012

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 22. März 2012, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **12-F-33-0018**

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 -

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Wiesbaden beträgt gut 32 Prozent. Um die Probleme dieser Menschen frühzeitig erkennen und lösen zu können empfiehlt es sich, auch vor Ort in den Stadtbezirken einen breiteren Fokus auf integrationspolitische Belange zu legen. Durch die Einrichtung von ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten soll diese Herausforderung besser bewerkstelligt werden können. Diese Integrationsbeauftragten sollen in den jeweiligen Ortsbeiräten analog zu den Stadtteiljugendbeauftragten auf freiwilliger Basis benannt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- den Ortsbeiräten die Benennung von Integrationsbeauftragten auf freiwilliger Basis zu empfehlen.
- Hierzu auch die Mitglieder des Ausländerbeirates, die im jeweiligen Ortsbezirk wohnen anzufragen.

Die Integrationsbeauftragten

- müssen nicht zwingend Mitglied im Ortsbeirat sein,
- sollen, analog zu den Stadtteiljugendbeauftragten, im Ortsbeirat Rederecht bei integrationspolitischen Themen bekommen und Handlungsempfehlungen aussprechen dürfen.

Vom Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat, der Verwaltung und den gewählten Integrationsbeauftragten wird ein Leitfaden erstellt, der zur Erleichterung der Arbeit dienen soll.

Ansprechpartner für die Integrationsbeauftragten sind der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung, und Integration, der Ausländerbeirat sowie das Amt für Zuwanderung und Integration.

ANLAGE

5. 12-F-33-0037

Ausbau der Windkraft in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 14.03.2012 -

Mit dem Klimaschutzziel 20-20-20 - 20 % Reduktion der CO₂-Emissionen und 20% Erneuerbare Energien bis zum Jahr 2020 - hat sich die Landeshauptstadt Wiesbaden ein ehrgeiziges Klimaschutzziel gegeben. Gleichzeitig ist sie von der Verwirklichung dieses Zieles noch weit entfernt - es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Ein besonderes Augenmerk sollte daher auf dem Ausbau der Windenergie liegen. Diese ist relativ schnell umsetzbar, technisch weit entwickelt und wirtschaftlich ausgereift. Mit durchschnittlichen Nennleistungen neuer Anlagen von bis zu drei MW sind Windkraftwerke zudem geeignet, zukünftig einen nennenswerten Anteil an der Energieversorgung zu übernehmen.

Der Ausbau der Windkraft ist jedoch in der Bevölkerung auch mit Widerständen und Befürchtungen verbunden. Diese gilt es aufzugreifen und ernst zu nehmen, darüber jedoch den Ausbau der Windenergie nicht zu vernachlässigen. Aus diesem Grund ist in jedem Einzelfall eine sorgfältige Prüfung aller in Frage kommenden Faktoren, neben technischen und rechtlichen Aspekten zuvorderst auch die Belange des Umwelt- und Naturschutzes, geboten.

Da die Prüfung möglicher Standorte rund um Breckenheim vor allem am Einspruch der Bundeswehr bzw. der US-Streitkräfte gescheitert ist, gilt es nun, sich anderen theoretisch möglichen Standorten zu widmen. In diesem Zusammenhang ist, neben einer eingehenden Prüfung der FFH-Verträglichkeit und einer gewissenhaften Abwägung der Schutzzwecke mit den Klimaschutzzielen, auch eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen der Landeshauptstadt Wiesbaden anzustreben.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wir gebeten,

- (1) zu berichten, welche Aktivitäten er zum Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windkraft, unternommen hat und unternimmt,
- (2) den Ausbau der Windenergie - ggf. in Kooperation mit Nachbarkommunen - voranzutreiben,
- (3) zu diesem Zweck in Frage kommende Standorte auf ihre technische und naturschutzrechtliche Machbarkeit zu untersuchen,
- (4) darzulegen, welche Modelle für den Betrieb etwaiger Anlagen in Frage kommen und dabei zur Steigerung der kommunalen Wertschöpfung besonders kommunale Betreibermodelle und die Beteiligung der Bürgerschaft zu berücksichtigen,
- (5) im Falle von positiven Prüfergebnissen, die anstehenden Entscheidungen zum Bau von Windkraftanlagen mit einer breiten Bürgerbeteiligung und einer breiten Öffentlichkeitsarbeit zu begleiten.

6. 12-F-03-0046

Leitbild "Grüne Stadt Wiesbaden"

- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2012 -

Wiesbaden gilt zu Recht als grüne Stadt. Die Grünanlagen und Parks, die Stadtbäume, Alleen und durchgrüneten Wohnviertel genießen eine hohe Wertschätzung bei Bevölkerung und Besuchern.

Unser Stadtgrün leistet einen unverzichtbaren Beitrag für ein gesundes und angenehmes Wohn- und Lebensumfeld, für die Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt und für ein ästhetisches städtisches Erscheinungsbild. Die einzelnen Grünflächen haben dabei unterschiedlichste Funktionen, z.B. als Spielplätze, Biotope, Gartendenkmäler, Naherholungs-flächen, Friedhöfe, Luftleitbahnen, und gliedernde Elemente im Stadtbild. Über Grünachsen, Gewässerläufe und Landschaftsparks wird eine Verbindung zur freien Landschaft hergestellt.

Unabhängig von Einkommen, Wohnort und Herkunft sollten alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger wohnungsnahen Zugang zu Grünflächen haben, besonders wichtig ist dabei das Angebot von „Wildnis“-Erfahrungsräumen für Kinder.

Um das wertvolle Wiesbadener Stadtgrün nachhaltig zu schützen und gezielt weiterzuentwickeln, ist ein grünplanerisches Gesamtkonzept erforderlich, das Bestand und Funktion der diversen bestehenden Grünflächen zusammenfasst und eine Vision zur langfristigen ökologischen Stadtentwicklung formuliert. Hierzu kann die Verwaltung auf bereits vorhandene Pläne und Konzeptionen zurückgreifen sowie die Erfahrungen anderer Kommunen (z.B. Heilbronn, Gütersloh) und externen Sachverstand (z.B. Hochschule Rhein-Main, Planungsbüros) nutzen. Mögliche weitere Kooperationspartner sind u.a. Umweltverbände, Stadtteil-Initiativen und die Tourismusverwaltung. Bei der Erarbeitung des Leitbildes „Grüne Stadt Wiesbaden“ muss über den gesamten Planungsverlauf eine breite und rechtzeitige Einbindung der Bevölkerung sichergestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Leitbild „Grüne Stadt Wiesbaden“ für den städtischen Innenbereich zu entwickeln.
2. Zielsetzungen des Konzeptes sind unter anderem:
 - a. Erhalt, Pflege und Erweiterung des gesamten Wiesbadener Stadtgrüns
 - b. Absicherung und Weiterentwicklung von Stadtbiotopen und Vernetzungsstrukturen
 - c. Erhaltung denkmalgeschützter Grünanlagen
 - d. Förderung der Biodiversität, z.B. durch Verwendung einheimischer Pflanzenarten, Extensivierung der Grünanlagenpflege, Anlage von Blumenwiesen, Erhalt von Höhlenbäumen
 - e. Pflanzenauswahl und Grünflächengestaltung unter Berücksichtigung der stadtklimatischen Folgen des Klimawandels
 - f. Schaffung von wohnortnahen Grünflächen in allen Stadtgebieten
 - g. Schaffung von wohnortnahen Naturerlebnisräumen (Wildnisflächen) für Kinder
 - h. Abstimmung mit Belangen des Klimaschutzes und Nutzung von Synergieeffekten z.B. durch Festsetzung begrünter Luftleitbahnen
 - i. Bereitstellung von Flächen für Bürgergärten
3. Zur Erarbeitung des Leitbildes wird eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe unter Einbeziehung des Stadtplanungsamtes, des Umweltamtes und des Amtes für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten gebildet.
4. Die Arbeitsgruppe entwickelt zunächst eine Struktur für die weiteren Arbeitsschritte. Hierbei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - a. Kostenschätzung, ggf. für unterschiedlich aufwändige Planungsszenarien
 - b. Einbindung der Bevölkerung von Anfang an durch eine Bürgerversammlung zum Projektstart und anschließende Erstellung eines Konzepts für die fortlaufende Bürgerbeteiligung am gesamten Planungsprozess
 - c. Zusammenführung von verwaltungsintern bereits vorhandenen Konzepten wie Stadtbiotopkartierung, Parkpflegewerke, Landschaftsplan, Klimaanalyse etc.
 - d. Einbindung von externem Sachverstand (z.B. Planungsbüros, Hochschule Rhein-Main)
 - e. Nutzung der Erfahrungen aus anderen Kommunen (z.B. Heilbronn, Gütersloh), Beteiligung weiterer möglicher Kooperationspartner wie z.B. Umweltverbände, Stadtteil-Initiativen, Tourismus-Verwaltung, Wohnbaugesellschaften, Bürgergarten-Initiativen, PolitikerInnen in Form von regelmäßigen runden Tischen o.Ä.
 - f. Regelmäßige Vorstellung der Zwischenergebnisse in den städtischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung
 - g. Regelmäßige Vorstellung der Planungsschritte durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit

7. 12-F-08-0035

Informationsfreiheitsgesetz für Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 05.03.2012 -

Die Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Landeshauptstadt Wiesbaden (Informationsfreiheitsgesetz) sowie die Satzung zur Änderung der

Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten der Landeshauptstadt Wiesbaden (Verwaltungskostensatzung) werden beschlossen.

ANLAGE

8. 12-F-07-0002

Vorgärten in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 13.03.2012 -

Ein wesentliches Element des Wiesbadener Stadtbildes sind die Vorgärten vor Wohnhäusern, besonders vor denen aus dem 19. Jahrhundert, sie stehen häufig unter Schutz. Die Einzelheiten sind in der Vorgartensatzung und für einige Stadtteile in Bebauungsplänen geregelt. Bauliche Veränderungen bedürfen einer Genehmigung. Trotzdem sind in den letzten Jahren immer mehr von ihnen zugunsten der Einrichtung von Stellplätzen verschwunden, offenbar vielfach illegal. Dies ist einerseits aus stadtästhetischen Gründen und auch wegen der Versiegelung und der negativen Auswirkung auf Kleinklimata nicht hinnehmbar. Außerdem ist die Bewerbung Wiesbadens zum Weltkulturerbe ein aktueller Grund, etwas gegen die Beseitigung von geschützten Vorgärten zu unternehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

1. welche Erkenntnisse es zur Zahl von Vorgärten gibt, die in den letzten 10 Jahren in Parkplätze umgewandelt wurden;
2. ob es Fälle gibt, wo eine solche Umwandlung genehmigt bzw. angeordnet wurde, und wenn ja, mit welcher Begründung;
3. in wie vielen der registrierten Fälle solcher Umwandlungen illegal vorgenommen wurden und weshalb der vorige Zustand nicht wieder hergestellt wurde.
4. Der Magistrat wird ferner gebeten, ein Konzept gegen die weitere Umwandlung von denkmalgeschützten Vorgärten in Parkplätze zu entwickeln.

9. 12-F-05-0002

Städtebauliche Rahmenplanung westliche Innenstadt fortführen - Hochstättenstraße aufwerten!
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 13.03.2012 -

In den vergangenen Jahren wurde die westliche Innenstadt erheblich aufgewertet. Eine Vielzahl von Projekten, wie zum Beispiel die Neugestaltung des Michelsbergs, das „Namentliche Gedenken“, das Altstadtquartier Kleine Schwalbacher Straße, der Mauritiusplatz, der Platz der deutschen Einheit sowie die Fußgängerzone, konnten realisiert werden oder befinden sich in der Umsetzung.

Als allseits akzeptierte Grundlage für alle Projekte dient die städtebauliche Rahmenplanung westliche Innenstadt. Die Planung hat eine Verbesserung der Funktionsfähigkeit und die Aufwertung des Stadtbildes zum Ziel. Damit die Teilprojekte aber auch als Ganzes funktionieren, wurden sie aufeinander abgestimmt. Ein wichtiges Verbindungsglied - die Neugestaltung der Hochstättenstraße - fehlt bis heute.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine baureife Entwurfsplanung für den Bereich Hochstättenstraße zu erarbeiten und diese umzusetzen. Die Planung soll u.a. beinhalten:
 - Freiflächengestaltung
 - Integriertes Nutzungskonzept für das ehemalige Walhalla-Kino (Kultur, Event)
 - Neukonzeption der Handelsflächen inklusive der bestehenden Galerien und Passagen
 - Aufwertung der Eingangssituation Ecke Michelsberg
 - Anpassung der Straße an die Gestaltung der Fußgängerzone
2. die für die Umsetzung der Maßnahmen finanziellen Mittel rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen zu benennen.

10. 11-F-03-0103

Einrichtung eines Akteneinsichtnahmeausschusses zur Klärung der Vorgänge rund um die Schäden an den Platanen am Bowling-Green und die denkmalschutzrechtlichen Auflagen zur Durchführung der Eiszeit in der Parkanlage am Warmen Damm
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.11.2011 -
HIER: Berichterstatter Ronny Maritzen

ANLAGE

11. 12-F-03-0023

Carl-von-Ossietzky-Schule
- Dringliche Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 09.02.2012 -

Wie wir aus der Zeitung erfahren mussten, hat das Oberstufengymnasium Carl-von-Ossietzky-Schule (CvO) aus brandschutztechnischen Gründen angeblich nur noch eine Betriebserlaubnis bis 2015.

Wir fragen daher den Magistrat:

1. Seit wann ist bekannt, dass die CvO aus diesen Gründen geschlossen werden muss?
2. Wo ist vermerkt, dass sie 2015 geschlossen werden muss?
3. Sind in der Vergangenheit Brandschutzmängel festgestellt wurden, falls ja, was wurde dagegen unternommen?
4. Falls nichts gegen die Brandschutzmängel unternommen wurde, warum nicht?
5. Was kann jetzt getan werden, um die Brandschutzmängel zu beheben?
6. Wenn diese behoben werden, wie lange erhält die CvO eine Betriebsgenehmigung?

7. Wann wird die versprochene Prioritätenliste vorgelegt und auf welchem Platz steht die CvO?

12. 12-F-03-0045

Förderung des studentischen Wohnens in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2012 -

An den Hochschulen in Wiesbaden studieren über 10.000 junge Menschen. Im Zuge von G8 wird sich der Zulauf auf die Hochschulen weiter verstärken. Diesem zu begrüßenden Anstieg der Studierendenzahlen muss die Stadt auch im Bereich des Wohnungsangebotes Rechnung tragen. Die Stadt geht laut Auskunft im vergangenen Sozialausschuss jedoch weiterhin von einem Bedarf von ca. 450 Wohnheimplätzen aus. Diese Anzahl von Plätzen steht in mehreren privaten Wohnheimen annähernd zu Verfügung. Dennoch sehen sowohl das zuständige Studentenwerk als auch die Hochschule Rhein Main mehr erschwinglichen Wohnraum für Studierende in Wiesbaden in Form eines öffentlich-rechtlichen Wohnheimes als notwendig an. Dort werden realistisch Bedarfe von ca. 750 Wohnheimplätzen als erforderlich betrachtet.

Die Umsetzung des vorliegenden Antrages kann den Weg für ein Studentenwohnheim in Trägerschaft des Studentenwerks in Wiesbaden ebnen und unsere Stadt somit als attraktiven Standort für Wissenschaft und Studenten nachhaltig stärken.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

- 1) Gemeinsam mit dem Studentenwerk Rhein Main einen Kriterienkatalog aufzustellen, welche Anforderungen eine Liegenschaft/Fläche aufweisen muss (räumliche, örtliche, energetische Komponenten), um als studentischer Wohnraum von dem Studentenwerk Rhein Main entwickelt werden zu können.
- 2) Für die schnelle Schaffung von Wohnraum für Studierende werden zunächst Grundstücke und Gebäude der Stadt und der städtische Gesellschaften auf ihre Eignung überprüft und geprüft, ob diese zu bevorzugten Bedingungen (z.B. Erbpacht) dem Studentenwerk angeboten werden können.
- 3) Zukünftig ist jede der Stadt zufallende Liegenschaft/Fläche unverzüglich anhand des entwickelten Katalogs zu prüfen und im Falle der Eignung dem Studentenwerk in bevorzugter Weise (z.B. im Wege der Erbpacht) anzubieten, bis eine Bedarfsabdeckung von studentischem Wohnraum erreicht ist.

13. 12-F-08-0036

Beitritt Wiesbadens zur "Bundesvereinigung gegen Fluglärm e. V."
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 14.03.2012 -

Seit Monaten kämpfen die Bürgerinitiativen und viele tausend Menschen gegen den zunehmenden Fluglärm durch den Frankfurter Flughafen. Darunter auch viele Bürger_innen aus Wiesbaden. Die umliegenden Gemeinden haben Zeichen gesetzt: Stadtverordnetenversammlung in der Abflughalle des Flughafens, Demonstrationen, Nachtflugverbotsforderungen. Die Stadt Mainz schließlich ist hier vor einiger Zeit mit Signalwirkung vorneweg geschritten. Wir wollen heute nachziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher heute beschließen,

- dass die Stadt Wiesbaden dem guten Beispiel der Nachbarstadt Mainz folgt und ebenfalls dem Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) e.V. beiträgt. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 800 EUR pro Jahr.
- Der Magistrat wird daher gebeten, die Mitgliedschaft Wiesbadens in der Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) e.V. umgehend zu beantragen.

ANLAGE

14. 12-F-03-0047

Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.03.2012 -

Bereits seit mehreren Jahren arbeitet der Runde Tisch für Wohninitiativen Wiesbaden an der Verwirklichung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten (z.B. generationenübergreifendes, familienfreundliches, sozialstärkendes, barrierefreies, seniorengerechtes Wohnen). Bisher wurde aber lediglich ein Projekt (Blücherstraße) verwirklicht. Angesichts der veränderten Lebensentwürfe in der Gesellschaft und des demografischen Wandels halten wir eine substantielle Förderung der Wohninitiativen für notwendig. Diese können im Sinne eines sozialen Miteinanders die gesellschaftlichen Strukturen in der engeren Wohnumgebung nachhaltig verbessern, z.B. durch nachbarschaftliche Versorgung für Senioren oder Unterstützung in der Kinderbetreuung. Eine der größten Herausforderungen für die Wohninitiativen ist es derzeit, Zugang zu einem Grundstück oder einer Immobilie im bezahlbaren Rahmen zu erhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. gemeinsam mit dem Runden Tisch für Wohninitiativen im städtischen oder stadtnahen Bereich eine Standortanalyse von möglichen Flächen und Gebäuden in städtischem Eigentum oder im Bereich der städtischen Gesellschaften, die zur Errichtung bzw. Betrieb von selbst genutzten gemeinschaftlichen Wohnprojekten für Wohninitiativen /Baugemeinschaften geeignet sind, durchzuführen und
2. im Anschluss jährlich mind. eines der geeigneten Objekte, über den Runden Tisch einer Wohninitiative bzw. Baugemeinschaft zum Verkehrswert zu verkaufen oder in Erbpacht zur Verfügung zu stellen bzw. anzubieten, wobei sichergestellt werden muss, dass bei Umsetzung des Projektes die Erwerber die Objekte auf Dauer selbst nutzen und bestimmte, vorab mit dem Runden Tisch für Wohninitiativen abgestimmte Aspekte (soziales, integratives Konzept; architektonisches, ökologisches, barrierefreies Konzept; Finanzkonzept; Stabilität der Gruppe) erfüllt werden;
3. dafür Sorge zu tragen, dass in städtischen Neubaugebieten welche durch städtische Gesellschaften entwickelt werden, diese anzuweisen, 15 Prozent der Bauflächen für gemeinschaftliche Wohnungsbauprojekte für Baugruppen, Wohninitiativen, Genossenschaften Wohninitiativen vorzuhalten bzw. für diese Bedarfe zu entwickeln.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die

Antrag stellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 11-F-03-0060

European Business School (EBS Law School)
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.12.2011-

ANLAGE

2. 12-F-33-0022

European Business School
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.02.2012 -

ANLAGE

3. 12-F-08-0014

Veröffentlichung der Einladungen und Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse - Bürgerantrag an die Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 01.02.2012 -

ANLAGE

4. 11-V-12-0010

DL 07/12-1, 06/12-1

Vorschläge für die Bewerbung Wiesbadens als Weltkulturerbe

5. 11-V-36-0010

DL 05/12-1

Abtrennung der Bäche Wellritzbach und Kesselbach von der Mischkanalisation; Offenlegung des Kesselbach 1. Bauabschnitt

6. 11-V-51-0063

DL 06/12-2, 33/11-3 , 32/11-4

Weiterführung der Übertragung von Aufgaben an den Stadtjugendring

7. 11-V-52-0020

DL 06/12-3

Instandhaltungs- und Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2011

- | | | |
|------------|--|----------------------------|
| 8. | 11-V-52-0022 | DL 05/12-2 |
| | Generalsanierung der Sporthalle Berufsschulzentrum 1 - Grundsatzvorlage | |
| 9. | 11-V-52-0024 | DL 06/12-4 |
| | Verwendung anteiliger Spielbank-Mittel (Tronc) für den Bereich "Sport" | |
| 10. | 11-V-66-0233 | DL 05/12-3 |
| | Knotenpunkt B 455, K 634 und Luftbrückenstraße | |
| | ANLAGE | |
| 11. | 12-V-02-0004 | DL 09/12-1 |
| | Klageeinleitung Planfeststellungsbeschluss A 643 | |
| | ANLAGE | |
| 12. | 12-V-05-0001 | DL 05/12-4 |
| | Modellvorhaben " Erweiterung des Gemeinsamen Unterrichts mit dem Ziel der Umsetzung des freien Elternwahlrechts" | |
| 13. | 12-V-10-0002 | DL 07/12-3, 06/12-6 |
| | Zuständigkeit des Magistrats nach § 125 Hessische Gemeindeordnung (HGO) | |
| 14. | 12-V-10-0006 | DL 07/12-4, 06/12-7 |
| | Georg-Buch-Haus, Ausbau Sockelgeschoss für soziokulturelle Zwecke Künstlerateliers; Soziale Stadt Westend | |
| 15. | 12-V-20-0007 | DL 06/12-10 |
| | Platz der Deutschen Einheit - Verlegung Gasreglerstation und haushaltstechnische Abwicklung des Bauprojektes | |
| 16. | 12-V-20-0008 | DL 05/12-5 |
| | Vorlage der durch den Magistrat bis 31.12.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben | |

17. **12-V-20-0009** **DL 06/12-11**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

18. **12-V-20-0012** **DL 08/12-3**

Ergebnisse der Haushaltssicherung 2011

ANLAGE

19. **12-V-33-0001** **DL 07/12-5, 06/12-12**

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für die Durchführung der Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten

20. **12-V-40-0004** **DL 05/12-7**

Jahresabschluss 2010 - Deckung von Mehrausgaben

21. **12-V-40-0010** **DL 05/12-9**

Vorabfreigabe von investiven Haushaltsmitteln - Verbesserung der Fachraumausstattung in beruflichen Schulen -

22. **12-V-41-0004** **DL 07/12-6, 06/12-13**

Troncmittel Kultur 2011 Teil 2, 2012 Teil 1

23. **12-V-53-0132** **DL 07/12-7, 06/12-14**

Freigabe von Haushaltsmitteln des Gesundheitsamtes für Maßnahmen im 1. Halbjahr 2012

24. **12-V-63-0004** **DL 05/12-10**

Wiesbaden, Mainzer Straße 81, Geschäftsgebäude mit 2-geschossiger Großgarage für 125 Pkw-Stellplätze und 66 Pkw-Stellplätze in der Freifläche, Az.: 6302/634289/11

25. **12-V-63-0005** **DL 05/12-11**

Wiesbaden, Murnastraße 12, Verbandsgebäude des Arbeitgeberverbandes Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V., Az.: 6302/633732/11

26. **12-V-66-0302** **DL 07/12-9, 06/12-16**
Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2012
27. **12-V-66-0303** **DL 07/12-10, 06/12-17**
Verkehrssicherung an Fahrbahnen und Gehwegen in Wiesbaden und AKK 2011 und 2012
28. **12-V-80-8001** **DL 08/12-4**
Gesellschaftersituation Exina GmbH
29. **12-V-82-0001** **DL 07/12-11, 06/12-18**
Wirtschaftsplan 2012/2013 der TriWiCon

Tagesordnung III

1. **12-F-33-0035**
Auflösung und Neubenennung der Ausschüsse für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung, Planung, Bau und Verkehr, Umwelt, Energie und Sauberkeit, Soziales und Gesundheit, Schule und Kultur, Freizeit und Sport, Frauenangelegenheiten, Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration sowie des Revisionsausschusses, Ältestenausschusses - Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.03.2012 -
ANLAGE
2. **11-V-61-0056** **DL 08/12-1, 07/12-2 , 06/12-5**
Bebauungsplan "Östlich der Parkstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Beschluss über die öffentliche Auslegung -
3. **12-V-30-0001** **DL 05/12-6**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I Mainz-Kastel
4. **12-V-40-0006** **DL 05/12-8**
Schulkommission - Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner
5. **12-V-86-0001** **DL 06/12-19**

mattiaqua - Betriebskommission; Wahl von wirtschaftlich und/oder technisch besonders erfahrenen Personen

Tagesordnung IV

1. **11-V-36-0020** **DL 03/12-1 NÖ**
Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirates am 15.12.2011
2. **12-V-36-0010** **DL 06/12-2 NÖ**
Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat am 26.01.2012
3. **11-V-41-0039** **DL 07/12-1 NÖ, 06/12-1 NÖ**
Erbbaurechtsvertrag
4. **12-V-07-0004** **DL 08/12-1 NÖ**
Maßnahme Projekt Forderungsmanagement
5. **12-V-80-2301** **DL 05/12-1 NÖ**
Rücknahme Enteignungsantrag
6. **12-V-80-2303** **DL 05/12-2 NÖ**
Verkauf städtischer Grundstücke
7. **12-V-80-2306** **DL 06/12-3 NÖ**
Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher